

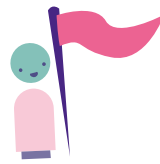
Im britischen **Nottingham** gründete der Stadtrat mit **Robin Hood Energy** einen gemeinnützigen Energieversorger in vollständigem Besitz der Kommune.

Städte **beziehen auch die BürgerInnen direkt ein.**



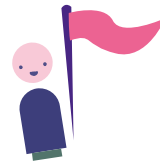
Der Stadtrat von **Plymouth** förderte die Gründung einer Energie-Gemeinschaft, die den Wohnungsbestand aufwertete und mehr als 11.000 Haushalten mit niedrigem Einkommen half. Die Genossenschaft hilft Haushalten beim Bezug von Beihilfen, um Stromschulden abzubauen und kostenlose sowie geförderte Wärmedämmung zu erhalten. Zudem berät sie in Bezug auf die besten Strompreise.

Ein weiterer stark motivierender Faktor ist die **lokale Wertschöpfung.**



In der deutschen Kreisstadt **Steinfurt** rückte man die Bürgerenergie in den Mittelpunkt aller Aktivitäten, nachdem man festgestellt hatte, dass 1,5 Mrd. Euro jährlich für Energie ausgegeben wurden, die sonst aus der Region abgefließen wären.

Die Stärkung des **sozialen Zusammenhalts und zivilgesellschaftlichen Bewusstseins** ist eine weitere starke Triebkraft, vor allem in Städten mit ihren schwächeren sozialen Bindungen. Bürgerenergie ist auch Ausdruck der Hoffnung auf eine neue solidarische Ökonomie. Dieser Aspekt schwang in vielen Kommunalwahlen mit.



In **Paris** plant die Stadtverwaltung für 2020 die Gründung eines genossenschaftlichen Ökostrom-Versorgers als Win-Win-Partnerschaft zwischen der Stadt und ihrem Umland.

Kommunalverwaltungen profitieren zudem vom **technischen Wissen der Stromgenossenschaften.**



Im **belgischen Gent** fördert die Stadtverwaltung BürgerInnen, die in Erneuerbare Energien und Energieeffizienz investieren. Die örtliche Genossenschaft **Energent** erhielt den Auftrag, die BürgerInnen dabei technisch zu unterstützen.

Zudem können Städte auf die Kompetenzen von Energiegenossenschaften zurückgreifen, wenn sie **ihre Strategien definieren.**



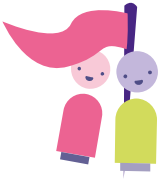
Ganz deutlich zeigte sich das im belgischen **Leuven**. Dort beauftragte man die örtliche Ecopower-Genossenschaft mit der Entwicklung eines nachhaltigen Klima- und Energieaktionsplans im Rahmen der „Konvent der Bürgermeister für Klima und Energie“-Initiative.

Und nicht zuletzt experimentieren Städte mehr und mehr mit inklusiven und partizipatorischen Verwaltungsmodellen wie **Bürgerhaushalten und partizipatorischer Planung. Gemeinschaftliche Energiekontrolle und Entscheidungsprozesse** bewirken ebenfalls einen Wandel, weil das Treffen von Entscheidungen über neue Energieinfrastrukturen und -dienstleistungen mit den BürgerInnen die demokratischen Strukturen vor Ort stärkt.

## **KOMMUNEN ALS POLITISCHE WEGBEREITER**

**Kommunen haben einen erheblichen Einfluss, wenn es um die Förderung von Bürgerenergie geht.**

Bei den Pariser COP21-Klimaverhandlungen von 2015 verpflichteten sich hunderte von Kommunen, bis 2050 auf eine komplett klimaneutrale Energieversorgung umzustellen. Dieses ehrgeizige Ziel erfordert die Mobilisierung von Privatkapital, die Unterstützung der Öffentlichkeit für neue Anlagen sowie innovative lokale Partnerschaften. All dies setzt eine stärkere Einbindung der BürgerInnen voraus. Europäische Städte sind bereits dabei, konkrete politische Instrumente zu verabschieden.



Sadiq Khan, **Bürgermeister von London**, erklärte Bürgerenergie zu einem Eckpfeiler seiner Strategie für 2050. Mit dem Ziel, die Solarstromleistung auf 2 GW auszubauen, gründete er eigens für diesen Zweck einen Bürgerenergie-Fonds. Zudem versprach er, dass bis 2025 ein Viertel von London mit Energie aus dezentralen Quellen versorgt wird.

**Als Stadtplaner können Kommunen dafür sorgen, dass dem Aspekt der Bürgerenergie bei neuen Siedlungen oder großen Sanierungsprojekten Rechnung getragen wird.**



In **Lyon** wird bei einem der größten städtischen Sanierungsprojekte in Frankreich, dem **Lyon Confluence**-Projekt, das neue Geschäftsmodell des gemeinschaftlichen Verbrauchs von Strom aus Aufdach-Solaranlagen getestet.

Auch Städte können eine entscheidende Rolle dabei spielen, **Energie so zu beschaffen**, dass neue Marktchancen für Bürgerenergie-Projekte entstehen, und damit gleichzeitig die Macht der VerbraucherInnen stärken. Das schließt ein, dass die Kriterien der öffentlichen Auftragsvergabe speziell auf Bürgerenergie-Projekte oder Großabnahmekonzepte zugeschnitten sind, bei denen die Kaufkraft lokaler Haushalte und Betriebe gebündelt wird.



In **Brüssel** arbeiten drei Bezirksverwaltungen mit Kriterien, die Genossenschaften bei der Vergabe öffentlicher Aufträge begünstigen.

In der Provinz **Antwerpen** half eine Einkaufsgenossenschaft, den örtlichen Solarstrommarkt zu stabilisieren, der in Folge von Subventionskürzungen eingebrochen war.



## **KOMMUNEN ALS PROJEKTRÄGER**

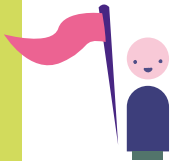
**Immer öfter werden Kommunen zu direkten Partnern von Energie-Gemeinschaften**, indem sie als Katalysatoren und Mittler für neue Projekte agieren.

In der Vorentwicklungsphase gibt es jede Menge Beispiele, in denen Kommunen Workshops und Info-Kampagnen für die örtlichen AnwohnerInnen, GrundstücksbesitzerInnen und sonstige Interessenträger organisieren.

Kommunen bieten für neue Erneuerbare Energien-Projekte Zugang zu öffentlichen Flächen und Gebäuden. Sie entwickeln ausgeklügelte Tools, die den BürgerInnen helfen sollen, geeignete Standorte zu ermitteln.



In **Gent** entwickelte die Kommune eine Sonneneinstrahlungs- und Wärmekarte, mit deren Hilfe AnwohnerInnen ermitteln können, ob sich Dächer im Stadtgebiet für die Installation von Solarmodulen eignen, und Informationen über den Wärmebedarf und Liefermöglichkeiten erhalten. Auch im britischen **Bristol** und im deutschen **Freiburg** wurden Instrumente dieser Art entwickelt.

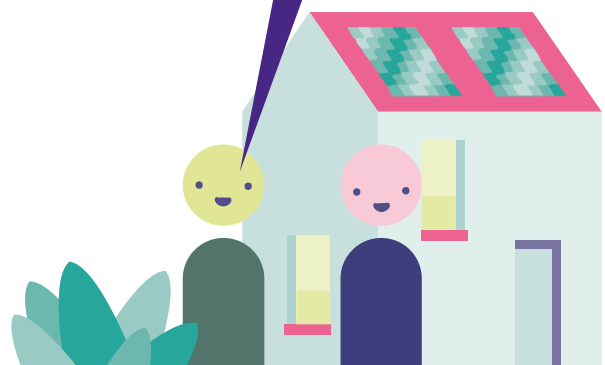


In **Križevci** (Kroatien) bezieht die Kommune Strom von einer Ökostrom-Genossenschaft, die dafür Module auf dem stadt-eigenen Geschäftszentrum installieren durfte. Die installierten Solarmodule wurden mit einer Crowdfunding-Kampagne komplett bürgerfinanziert. Ihre Gesamtinvestition von 50.000 € erhalten die BürgerInnen in Form günstigen Stroms für 10 Jahre zurück. Danach geht die Anlage in den Besitz der Stadt über.

## KOMMUNEN ALS IMPULSGEBER FÜR BÜRGERENERGIE IN UNGARN

In Ungarn und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas sind Kommunen die wichtigsten Impulsgeber für Bürgerenergie-Projekte. Es gibt zahlreiche Erneuerbare Energien-Anlagen und -Projekte mit kommunaler Trägerschaft unter Einbeziehung von AnwohnerInnen und Schulen.

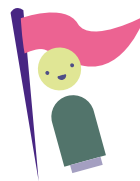
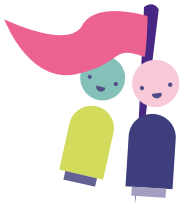
Friends of the Earth Ungarn kooperiert mit mehreren Kommunen, die gemeinschaftliche Solar-Projekte als erste „klassische“ Erneuerbare Energie-Gemeinschaften in Ungarn erwägen.



## KOMMUNEN ALS INFRA-STRUKTURBETREIBER

Wenn Kommunen am Betrieb der Energieversorgung beteiligt sind, können sie **für Bürgerbeteiligung sorgen**.

In **Wien** starteten die örtlichen Stadtwerke 2012 das kreative Programm „**Bürgerkraftwerke**“. Das Modell funktioniert über Verkauf und Rückmietung. Die Stadtwerke bieten BürgerInnen die Beteiligung an Solarmodulen auf öffentlichen Gebäuden und Grundstücken an. Dann leasen sie die Anlagen mit einer Jahresrendite von 1,75 bis 3,1 % über mindestens fünf Jahre von ihnen zurück. Im Dezember 2013 startete eine Kooperation von zwei Supermarktketten mit Wien Energie. Bei diesem neuen Modell werden BürgerInnen über jährliche Einkaufsgutscheine vergütet. Im Oktober 2017 weitete der Versorger das Modell auf die Beteiligung an Stromladesäulen aus. Ziel ist es, bis 2020 1000 Ladesäulen aufzustellen und einen Teil der jährlichen Vergütung über Gutscheine für Supermärkte, aber auch den ÖPNV sowie Gas und Strom zu zahlen.



In der deutschen Gemeinde **Wolfhagen** gehören den BürgerInnen 25 % der örtlichen Stadtwerke. Dadurch profitieren sie von den Erträgen der Erneuerbare Energien-Anlagen. Die Bürgerbeteiligung hat auch direkten Einfluss auf die Entscheidungsprozesse.

Abseits von der Stromerzeugung suchen Städte, denen Fernwärmeanlagen gehören, jetzt verstärkt nach Crowdfunding-Optionen, damit sich die AnwohnerInnen direkt an den Fernwärmenetzen beteiligen können.

